

Reden allein genügt nicht : konkrete Massnahmen gefordert : Vorschläge der Jusos zur Jugendpolitik

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339882>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gendhaus, biologischer Anbau etc.) läuft auf einen Rückzug aus der Politik hinaus. Systemisch gesehen, überlässt die Beteiligung immer nur in bezug auf eine Frage, meist auf neuen Wegen, nicht nur die Felder der alten Politik weiterhin dem technokratischen Konservatismus. Selbst wenn es auf allen Feldern neue soziale Bewegungen gibt, bleiben diese, gegeneinander abgeschottet, stets in der Minderzahl. Zudem gibt es belastende Konflikte der neuen sozialen Bewegungen mit den

alten sozialen Bewegungen, die sowohl innerhalb der Sozialdemokratie als auch der Gewerkschaften und der Kirchen ausgetragen werden. Wenn beide Bewegungen zusammenfinden wollen, müssen die gegenseitigen Feindbilder, die man voneinander hat — hier Chaoten, die nicht arbeiten wollen, dort Arbeiter und Angestellte, die nur ihr Auto im Kopf haben —, aufgelöst werden. Auf beiden Seiten müssen folglich dringend Verständigungsbemühungen einsetzen.

windung der ökologischen Krise unseres Gesellschaftssystems.

Die Kürzung der Arbeitszeit erfolgt für Klein- und Mittelverdiener ohne Lohneinbussen. Es wird ein gesetzlicher Minimallohn festgesetzt.

B. Bildung und Ausbau

4. Alle Lehrlinge sind Gesamtarbeitsverträgen zu unterstellen. (Darin ist auch der Besuch von zwei Schultagen pro Woche zu verankern — bei Ausbau der allgemeinbildenden Fächer — ebenso wie die Freifächer, die Bearbeitung der Schulaufgaben und das Führen des Arbeitsjournals während der Arbeitszeit und die Mitbestimmung der Lehrlinge in allen sie betreffenden Fragen.)

5. Von den Gemeinden und Regionen sind öffentliche Lehrwerkstätten zu errichten zur Sicherung einer umfassenden, konjunkturunabhängigen und die persönliche Entfaltung ermöglichenden Berufsbildung ausserhalb des in der Privatwirtschaft vorherrschenden Produktivitätsdrucks.

6. Ausbau des öffentlichen Darlehenswesens für zinslose Darlehen für Jugendliche zwecks Bildungsjahr, Umschulung und Weiterbildung.

7. Starker Ausbau des Angebotes von öffentlichen Bildungskursen entsprechend den neuesten didaktischen Erkenntnissen und Möglichkeiten mit besonderer Berücksichtigung eines umfassenden Angebotes in Sozial- und Geisteswissenschaften, kulturellen und musischen Bereichen sowie des Erwerbs handwerklicher Fertigkeiten.

8. Die praktische Berufslehre darf nicht noch mehr spezialisiert werden, damit bei verändertem Berufsbild ein Umlernen überhaupt noch möglich ist.

9. Neue Prioritäten bei der Gestaltung des Schulalltages: We-

Reden allein genügt nicht

Konkrete Massnahmen gefordert

Vorschläge der Jusos zur Jugendpolitik

Von der Jugend ist viel die Rede, zumeist unfreundlich. Man spricht vom «Dialog zwischen den Generationen», erarbeitet «Thesen» und «Antithesen», Grundsatzpapiere ect. Der Jugend aber ist in Wort und Schrift allein nicht geholfen. Das meinen die Schweizer Jugendsozialisten, die an ihrer Generalversammlung im vergangenen Juni in Biel 26 Reformvorschläge zum Thema Jugend ausgearbeitet und verabschiedet haben. Nur mit konkreten Massnahmen sei dem Problem beizukommen, lasse sich die oft traurige Wirklichkeit der Jugendlichen verbessern und seien soziale Perspektive ersichtlich. Die Reformvorschläge unterbreiten die Jugendsozialisten allen Interessierten, Behörden in Bund, Kantonen und Gemeinden sowie den Verbänden der Unternehmer und den Gewerkschaften. Die Reformvorschläge, die wir im folgenden ungekürzt abdrucken, sollen nach Meinung der Jusos die Jugendlichen nicht privilegieren, aber sie sollen den Erwachsenen bewusst machen, dass Jugendliche auf die Unzulänglichkeit der Gesellschaft besonders empfindlich reagieren.

A. Arbeit

1. Jeder Lehrling und jede Lehrtochter haben Anspruch auf eine Anstellung in jenem Beruf, in dem sie ausgebildet worden sind.

2. Die tägliche Arbeitszeit ist auf maximal sieben Stunden zu reduzieren bei fünf Arbeitstagen pro Woche. Die Feriendau-

er ist auf minimal sechs Wochen jährlich zu erhöhen.

3. In allen Bereichen der Wirtschaft sind Halbtagsstellen als Selbstverständlichkeit einzurichten und sowohl Männern wie Frauen offen zu halten. Sie wären ein entscheidender Beitrag zur Rückgewinnung der persönlichen Autonomie und ein wichtiger Beitrag zur Über-

niger Konsum und mehr aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Schüler. Ab dem fünften Schuljahr sollen die Schüler einen Teil des Unterrichtes inhaltlich und formal selber gestalten dürfen (Landschulwochen/Projektunterricht).

10. Allen Schülern muss die Möglichkeit offen stehen, vier Wochen jährlich ausserhalb der Ferienzeit gemeinsam mit Mitschülern und unter Betreuung durch einzelne Lehrer sich in praktischer Tätigkeit einzuüben und zwar ihrer Persönlichkeitsentwicklung entsprechend in der Fabrik, im Handwerk, in der Landwirtschaft, in einem Büro oder anderswo. Der Berufswahlunterricht soll mit diesen praktischen Tätigkeiten verbunden werden.

11. An allen Schulen muss die freie Meinungsäusserung der Schüler garantiert sein. Die Bildung von Schülergruppen, Herausgabe von Schülerzeitungen und das Gestalten von Wandzeitungen und Anschlagbrettern sollen weder bewilligungspflichtig sein noch der Zensur unterstehen.

12. Der Zugang zu den Hochschulen wird neu geregelt. Es sollen auch Männer und Frauen, welche keine Maturität gemacht haben zum Hochschulstudium zugelassen werden.

C. Verkehr

13. Allen in der Ausbildung stehenden Jugendlichen soll die Benützung aller öffentlichen Verkehrsmittel in der Schweiz zum halben Tarif ermöglicht werden.

14. Das Velowegnetz ist vor allem in den Städten auszubauen sowie der öffentliche Verkehr zu intensivieren (vor allem nachts und auch in abgelegene Gebiete).

D. Wohnen

15. Die Bewohner aller Altersgruppen müssen in die Quar-

tierplanung einbezogen werden (Quartierdemokratie, Quartierräte, offene Planung). Die Wohnbedürfnisse müssen von unten nach oben definiert werden und nicht umgekehrt.

16. Hilfe der öffentlichen Hand beim Aufbau von Wohngemeinschaften und Hausgenossenschaften sowie Arbeitskollektiven durch Jugendliche.

17. Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch zinsgünstige Darlehen und Baurechtskredite, Zurverfügungstellung von geeigneten Altbauten und Landreserven sowie Mietzinszuschüsse an wenig bemittelte Jugendliche, junge Familien und Wohngemeinschaften.

18. Neue Festlegung der Normen für Zimmergrössen und Zimmerzahl in Neubauten, so dass Neubauwohnungen sowohl für Wohngemeinschaften sich eignen als auch Familien mehr Gemeinschaftlichkeit ermöglichen.

E. Kultur

19. Unterstützung beim Aufbau kleinerer und grösserer von Jugendlichen selbstverwalteten Jugendzentren (dazu gehören auch Quartierzentren). Unterstützung heisst aber nicht Einmischung der Behörden. Die Zentren sollen ohne Kontrolle von aussen sich selber organisieren können.

20. Mittels der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, Kulturbudgetanteilen und Organisationshilfen soll Jugendlichen die ihnen zusagende kulturelle Tätigkeit auf gemeinschaftlicher Basis ermöglicht werden jenseits der üblichen Renditenzwänge (Video, Film, Kabaret, Pop-Jazz-Folk-Rockmusik, Lesungen u.a.m.).

21. Männern und Frauen sind durch konkrete Massnahmen die Überwindung traditioneller und diskriminierender Rollenverständnisse zu ermöglichen, beziehungsweise zu erleichtern:

Durch Massnahmen, wie sie unter A genannt sind, sowie beispielsweise durch einen einjährigen Schwangerschafts- und Kindesurlaub («Elternurlaub»), der je zur Hälfte von der Frau und vom Mann in Anspruch genommen werden kann. Dies ungeachtet davon, ob ein Elternpaar verheiratet ist oder nicht.

22. Freie Wahl der Sexualität: Keine Kriminalisierung der Homosexualität und Streichung des Artikels 194 StGB. Gleiche Schutzaltersgrenze für Hetero- und Homosexuelle. Jeder Mensch hat das Recht, so zu schlafen, wie er will, alleine, mit einem oder mehreren Menschen gleichen oder anderen Geschlechts.

23. In allen Gemeinden sollen «Politotheken» eingerichtet werden. Darunter sind Lokalitäten zu verstehen, in denen gesellschaftliches Engagement praktiziert werden kann. Gemeinden schaffen Orte, in denen billig gedruckt und Dokumentationen zusammengestellt, Flugblätter fabriziert werden können, in denen kleine politische und rechtliche Handbibliotheken zur Verfügung stehen, ebenso wie Zeitungen, Zeitschriften, Informationsmaterial staatlicher und privater Stellen, Verbände und Organisationen ebenso wie Räumlichkeiten für Sitzungen und Versammlungen interessierter Bürger. Dabei können Gemeinwesenarbeiter interessierten Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe zur Seite gestellt werden.

F. Jugendpolitik

24. Jugendliche sollen sich repressionsfrei mit ihrer Realität auseinandersetzen und sie gemeinsam verändern können, statt dass sie aus ihr flüchten müssen. Die tägliche Wirklichkeit muss so umgestaltet wer-

den, dass Drogen wieder eigentliche Genussmittel werden und keine Fluchtmedien. In diesem Sinne ist der Eigenkonsum von Cannabis-Produkten zu legalisieren sowie durch eine kontrollierte Abgabe die Gesellschaft zum bewussten Umgang mit Drogen anzuleiten. Drogendelinquenten müssen im Strafvollzug besonders betreut werden.

25. Freie Wahl für alle Zwanzigjährigen zwischen einem ein- oder einhalbjährigen Zivildienst (Friedens- und Sozialdienst) im Inland oder einem entsprechenden Einsatz im Rahmen der eidgenössischen Entwicklungszu-

sammenarbeit in einem Land der Dritten Welt. Nach Abschaffung der Armee soll dieser Friedens- und Sozialdienst freiwillig sein. Er ersetzt den bisherigen Militärdienst. Er berechtigt den oder die Absolventen zu einem öffentlich finanzierten Bildungsjahr im Verlaufe seiner künftigen Erwerbstätigkeit.

26. Wenn Jugendliche mit dem Gesetz in Konflikt geraten, so ist das Gesetz gegen die Schwächsten nicht am strengsten auszulegen (Amnestie für alle im Zusammenhang mit der Jugendbewegung unter Anklage gestellten Jugendlichen).

rückhaltung bei der Darstellung ihrer Ansichten gebeten. Das zu diskutierende Thema — «Heimat?» — sei brisant, man dürfe dem Gegner, wer immer das sei, kein Material liefern, weder indem man sich zu sehr mit Israel identifiziert, noch zu sehr von Israel distanziert, beides würde gegen die Juden in ihrer Diaspora-Gemeinde verwendet werden. Man soll sich die Welt ruhig anschauen, aber am besten keine Weltanschauung haben, gab der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde den Diskussionsteilnehmern als Ratsschlag mit aufs Podium.

So lässt sich das kollektive Bemühen der Juden, in der nicht-jüdischen Umwelt zu bestehen, in zwei Phasen einteilen. «Wenn schon auffallen, dann nur positiv, als Patrioten, Frontsoldaten, brave Mitmacher vom Gesangsverein bis zum Schlachtfeld.» Diese Phase war spätestens mit dem Beginn der Nazi-Zeit beendet. «Am besten überhaupt nicht auffallen, so tun als wären wir gar nicht da, keine schlafenden Hunde wecken.» Diese Haltung war der natürliche Reflex der Überlebenden der Endlösung und sie bestimmte und bestimmt ihr Verhalten von 1945 bis heute. Aber inzwischen sieht es so aus, als wenn sich diese Haltung wenn schon nicht ihrem einsichtigen Ende so doch wenigstens einem Zustand der Relativierung nähern würde. Nicht weil der Antisemitismus sich von dem Wohlverhalten der Juden hat beeindruckt und von seiner Grundlosigkeit überzeugen lassen — im Gegenteil, inzwischen gibt es sogar einen Antisemitismus, der ohne Juden auskommt, der seinen natürlichen Gegenstand sozusagen überlebt hat. Wenn dieses «Am besten nicht auffallen» nun auf Widerspruch stösst, langsam, ganz langsam aufhört, die selbstverständliche Einstellung der Juden zu ihrer Umwelt und

Henryk M. Broder

Das Ende der Idylle

Über Alain Finkielkrauts Buch «Der eingebildete Jude»

Im Jahre 1932, am Vorabend der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten also, gab der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ein Gedenkbuch zur Erinnerung an die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918 heraus. Dem alphabetischen Verzeichnis der jüdischen Kriegsgefallenen war, unter anderem, ein Brief des damaligen Reichspräsidenten von Hindenburg vorangestellt, in dem dieser den Herausgebern seinen herzlichen Dank aus- und verspricht, das Gedenkbuch seiner «Kriegsbücherei einzuverleiben». Neben dem Hindenburg-Brief stand ein kurzes Geleitwort von Leo Löwenstein, Hauptmann der Reserve und Bundesvorsitzender des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, in dem es heisst: «Das edelste deutsche Blut ist das, welches von deutschen Soldaten für Deutschland vergossen wur-

de. Zu diesen gehören auch die 12 000 Gefallenen der deutschen Judenheit, die damit wiederum ihre allein ernsthafte und achtunggebende Blutprobe im deutschen Sinne bestanden hat...»

Dass der deutschen Judenheit kurz darauf eine ganz andere Blutprobe im deutschen Sinne bevorstehen würde, konnte Leo Löwenstein, Hauptmann der Reserve und Bundesvorsitzender des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, im Jahre 1932 nicht wissen. Das Beispiel zeigt, wie vergeblich das Bemühen um Zugehörigkeit sein kann und wie brüchig die Beweise, welche die Zugehörigkeit beleben sollen. Aber es wäre unfair, die Kurzsichtigkeit oder Naivität der deutschen Juden nur mit solchen Beispielen aus der Zeit vor dem Holocaust belegen zu wollen. Kürzlich hat der Vorsitzende einer grossen jüdischen Gemeinde die geladenen Gäste einer Diskussionsrunde um Zu-